



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

zu „Die EU muss Vorbild bei der Asyl- und Migrationspolitik sein!“ (Drucksache20/420)

### **Schleswig-Holstein wird seiner humanitären Verantwortung in Europa gerecht**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu einer sicheren, humanitären und integrationsorientierten Politik im Umgang mit Geflüchteten. Der Landtag versteht Humanität als eine Grundlage der europäischen Wertegemeinschaft, die sowohl in der Vergangenheit als auch in der gegenwärtigen Situation einen wesentlichen Aspekt in der Migrationspolitik darstellt. Die Sicherung der EU-Außengrenzen darf nicht gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen, welche die Inhaftierung von Schutzsuchenden und ihre Zurückschiebung ohne Klärung des Schutzbefdarfs untersagt. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass Europa zu einer gemeinsamen und fairen Asyl- und Migrationspolitik findet.

Zu viele verzweifelte Menschen sterben bei dem lebensgefährlichen Fluchtversuch über das Mittelmeer. Wir sehen es als Notwendigkeit an, in Seenot geratene Menschen zu retten. Der Landtag akzeptiert keine Maßnahmen, die außerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens stattfinden.

Der Landtag spricht sich für faire und rechtssichere Verfahren sowie für eine nachhaltige und menschenwürdige Integrationspolitik aus.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung weiterhin in dem Bemühen, Geflüchtete im Rahmen des geltenden Rechts aufzunehmen und bekräftigt den Landtagsbeschluss aus dem Februar des vergangenen Jahres (Drs. 19 / 2817).

Dabei erkennt der Landtag ebenso an, dass eine nachhaltige Lösung nur gemeinsam auf europäischer Ebene gefunden werden kann. Damit nicht einzelne Staaten die gesamten Lasten tragen, braucht es ein solidarisches und faires Verteilen der Lasten

und Kosten sowie eine gerechte Verteilung der ankommenden Menschen. Hierbei muss es das Ziel sein, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten vergleichbare und menschenwürdige Bedingungen gelten. Zahlreiche Kommunen in Schleswig-Holstein wie in ganz Europa sind mit der aktuellen Unterbringungssituation stark belastet. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, der kommunalen Ebene mehr finanzielle Unterstützung bei der Aufnahme, Unterbringung und Teilhabe schutzsuchender Menschen zu bieten.

Seyran Papo  
und Fraktion

Catharina Johanna Nies  
und Fraktion